

[nzz.ch](https://www.nzz.ch)

# Seeuferweg-Entscheid kommt wohl vor Gericht

*Andreas Schürer*

6-7 Minuten

---

Der Kantonsrat will für den Bau von Uferwegen am Zürichsee Enteignungen ausschliessen. Diese absolute Variante hat das Mitte-Rechts-Lager durchgebracht. Exponenten der SP sorgen für ein politisches und juristisches Nachspiel.

22.10.2013



## **Seeuferweg zwischen Wädenswil und Richterswil: Steglösungen sind nach wie vor möglich – aber teuer. (Bild: Giorgia Müller / NZZ)**

Die Debatte über Seeuferwege ist langwierig und reich an Wendungen. Der Kantonsrat Markus Schaaf (evp., Zell) hat es am Montag im Parlament so auf den Punkt gebracht: «Ich dachte, dass der Papst heute zu uns kommt – er will schliesslich immer da hingehen, wo das Elend am grössten

ist.»

Das Elend dauert an, wenn man es denn so nennen will. Der Zwischenstand: Der Kantonsrat spricht sich für die Umsetzungsvorlage des Regierungsrats aus – ergänzt mit einem absolut formulierten Zusatz der SVP. Das bedeutet zum einen, dass bis zur Fertigstellung des Wegnetzes jährlich bis zu sechs Millionen Franken vorzusehen sind. Zum anderen ist jetzt auch klar, dass auf Enteignungen kategorisch verzichtet werden muss. Der Weg ist folglich an vielen Stellen hinter den Anwesen hindurch statt ufernah zu führen. Die Schlussabstimmung findet zwar erst in spätestens vier Wochen statt. Materielle Änderungen sind aber nicht mehr möglich. Das letzte Wort ist jedoch noch nicht gesprochen. Exponenten der SP kündigen die Lancierung einer neuen Volksinitiative und eine Beschwerde an.

## **CVP machte den Unterschied**

Das Abstimmungsresultat kam heraus wie erwartet: Die SVP obsiegte mit ihrem Antrag mit 92 zu 76 Stimmen. Nach der FDP, der BDP und der EDU war letzte Woche [auch die CVP auf diese Variante](#) umgeschwenkt. Der Antragsteller Jakob Schneebeili (svp., Affoltern am Albis) strich als Vorzug seiner Variante hervor, dass diese das verfassungsmässig geschützte Privateigentum in den Vordergrund stelle. Josef Wiederkehr (cvp., Dietikon) begründete die Kehrtwende seiner Partei damit, dass ein Scherbenhaufen vermieden werden solle. Lieber gewesen wäre ihm zwar die von Carmen Walker Späh (fdp., Zürich) geprägte Variante der Kommission für Planung und Bau. Diese hätte Enteignungen

auch ausgeschlossen, aber Ausnahmen vorgesehen in Fällen, in denen es keine Alternative gibt. Da ohne SVP jedoch keine Mehrheit zu erzielen sei, stehe die CVP nun hinter deren Variante, sagte Wiederkehr. Ob sie gerichtsfest sei, müsse sich allerdings erst noch zeigen.

Einer, der dies bezweifelt, ist Peter Schulthess, ehemaliger SP-Kantonsrat und Co-Initiant der Volksinitiative «Zürisee für alli», die zugunsten des Gegenvorschlags zurückgezogen wurde. Gegenüber der «NZZ» kündigt Schulthess an, dass er rechtlich gegen den Kantonsratsbeschluss vorzugehen plant. Im Vordergrund steht eine Verfassungsbeschwerde beim Zürcher Verwaltungsgericht. Schulthess prangert an, dass das absolute Verbot von Enteignungen der übergeordneten Verfassung widerspreche. Diese sehe vor, dass Enteignungen möglich seien, sofern eine Abwägung im konkreten Einzelfall das öffentliche Interesse als überwiegend ausweise. Es gehe nicht an, dass im Strassengesetz nun die Gruppe der Eigentümer am See bevorzugt werde.

Hinter vorgehaltener Hand treibt eine mögliche Beschwerde Schweissperlen auf die Stirne von Kantonsräten der Mitte-Parteien. Das Albtraum-Szenario ist, dass eine Beschwerde erfolgreich ist – und die Vorlage mit Finanzierungsmechanismus, aber ohne Eigentümerschutz in Kraft tritt. FDP-Fraktionschef Thomas Vogel nimmt es gelassen: «Das ist das Säbelrasseln von schlechten Verlierern. Sollte der zusätzliche Passus tatsächlich kassiert werden, müssen wir das Gesetz wieder ändern.» Das Parlament werde es sicher nicht hinnehmen, dass sein klarer Wille durch einen Gerichtsentscheid verzerrt werde.

## Neue Initiative angekündigt

Ein politisches Nachspiel gibt es so oder so. Die Kantonsrätin Julia Gerber Rüegg (sp., Wädenswil) wertet den Entscheid als Verstoss gegen Treu und Glauben. Der von ihr präsidierte Verein Zürisee für alli habe die Volksinitiative im Vertrauen darauf zurückgezogen, dass das Parlament die Eckpfeiler des Gegenvorschlags nicht mehr anrühre. Dass er nun derart verwässert worden sei, hält sie für inakzeptabel. Der Vereinsvorstand werde der Mitgliederversammlung Ende Oktober die Lancierung einer neuen Volksinitiative beantragen. Diese soll sich an der Vorlage der Regierung orientieren, die Volkswirtschaftsdirektor Ernst Stocker (svp.) im Parlament noch einmal verteidigte. Der Regierungsrat habe nie Enteignungen angestrebt. Er erachte es aber für richtig, Mittel zur Verfügung zu stellen, um den Zugang zum See dort zu verbessern, wo es sinnvoll sei.

Nur halbwegs zufrieden ist der eigentümerfreundliche Verein Fair. An einer Medienorientierung nahm Präsident Ruedi Jeker den Faden auf, den im Parlament zuvor Gabriela Winkler (fdp., Oberglatt) gesponnen hatte. Diese sagte, die angepasste Vorlage sei eine Totgeburt, wenn durch Parlament und Regierung nun nicht auch die kantonalen und regionalen Richtpläne angepasst würden. Auch Jeker verweist darauf, dass die Linienführung in den Plänen neu definiert werden müsse. «Der Seeuferweg, wie ihn der Kantonsrat will, entspricht nicht mehr der Planung. Diese muss deshalb überarbeitet werden.» Ein Referendum wird Fair aber wohl nicht ergreifen. Jeker meinte dazu: «Fraglich,

eher nein.»

**Zum Thema**